

Beschlussvorlage der Ratsfraktionen

Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung am 30.11.2010

Antrag der Flensburger Ratsfraktionen CDU, SSW, SPD, WiF, Die Grünen (B 90), Die Linken, FDP, AKOPOL;

Verfahren zur Einbeziehung der Bürger bei Entscheidungen nach § 36 des Baugesetzbuches (BauGB) zu Bauvorhaben nach:

- § 31 (Ausnahmen und Befreiungen),
- § 33 (Zulässigkeit von Vorhaben während der Planaufstellung),
- § 34 (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile),
- § 35 (Bauen im Außenbereich).

Antrag:

- I. Für Entscheidungen über das gemeindliche Einvernehmen, die nach §7 der Zuständigkeitsordnung dem Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung (SUPA) zugewiesen sind, wird folgendes Standardverfahren festgelegt:
 1. Das Vorhaben wird in einer Sitzung des SUPA öffentlich vorgestellt und in 1. Lesung behandelt. Die Vorlage enthält einen Vorschlag der Verwaltung über die im Standardverfahren zu beteiligenden Interessengemeinschaften, Bürgerforen, Institutionen, öffentlichen Einrichtungen und größeren Unternehmen (Ziff. 2 c).
 2. Im Anschluss an die 1. Lesung erfolgt binnen drei Tagen eine Einbeziehung der Bürger durch
 - a) eine Pressemitteilung zum Vorhaben, die den Aufruf beinhaltet, Einwände und Anregungen binnen drei Wochen nach dem Tag der 1. Lesung schriftlich oder in Textform vorzubringen,
 - b) Veröffentlichung auf der Homepage der Stadt Flensburg unter „Bauen und Wohnen“ als „aktuelle Bauvoranfragen“,
 - c) Anschreiben an die im Bereich des Vorhabens tätigen Interessengemeinschaften und Bürgerforen, die sich mit Fragen der Stadtsanierung- / Entwicklung befassen sowie der im Bereich des Vorhabens ansässigen Institutionen, öffentlichen Einrichtungen und größeren Unternehmen mit der Bitte, Einwände und Anregungen binnen drei Wochen nach dem Tag der 1. Lesung vorzubringen.
 3. Der SUPA entscheidet vier Wochen nach der 1. Lesung in 2. Lesung abschließend über das Vorhaben. Die bis zum Stichtag eingegangenen Äußerungen werden den Ausschussmitgliedern im Nachversand für diese Sitzung mitgeteilt.

- II. Der SUPA kann durch einstimmigen Beschluss vom Standardverfahren abweichen und über das Vorhaben bei der 1. Behandlung im SUPA entscheiden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

gez.
Gernot Nicolai
Fraktionsvorsitzender
CDU

gez.
Gerhard Bethge
Fraktionsvorsitzender
SSW

gez.
Helmut Trost
Fraktionsvorsitzender
SPD

gez.
Erika Vollmer
Fraktionsvorsitzender
WiF

gez.
Uwe Lorenzen
Fraktionsvorsitzender
B 90

gez.
Hans von Bothmer
Fraktionsvorsitzender
Die Linken

gez.
Meike Bruhns
Fraktionsvorsitzende
FDP

gez.
Jörg Pepmeyer
Fraktionsvorsitzender
AKOPOL